

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Staatssekretariat für
Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern

per E-Mail an:
ds@seco.admin.ch

26. Mai 2026

Vernehmlassung zur Standortförderung in den Jahren 2028–2031 (Botschaft Standortförderung 2028–2031)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. Februar 2026 geben Sie uns die Gelegenheit, zur Standortförderung in den Jahren 2028–2031 (Botschaft Standortförderung 2028–2031) Stellung zu nehmen. Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr und äussern uns zur vorliegenden Botschaft Standortförderung 2028–2031 wie folgt:

1. Grundsätzliche Würdigung

Wir begrüssen die strategische Ausrichtung der Botschaft. Insbesondere die Fokussierung auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die Unterstützung der KMU sowie die Förderung der regionalen Entwicklung entsprechen den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Kantons Solothurn. Die Vorlage trägt wichtigen strukturellen Herausforderungen Rechnung, namentlich der zunehmenden internationalen Konkurrenz, dem digitalen Wandel sowie dem anhaltenden Fachkräftemangel.

2. Gesamtbeurteilung

Trotz inhaltlich richtiger Schwerpunktsetzung beurteilen wir die Vorlage kritisch, da die vorgesehenen finanziellen Kürzungen zentrale Instrumente der Standortförderung schwächen.

In den parlamentarischen Beratungen zum Entlastungspaket 27 (EP27) in der Frühlingssession 2026 konnten weitergehende Sparmassnahmen reduziert werden. Dennoch verbleiben Kürzungen, die aus unserer Sicht die Wirksamkeit der Standortförderung beeinträchtigen. Es besteht ein Spannungsfeld zwischen den formulierten Zielen der Stärkung des Standorts Schweiz und den gleichzeitig reduzierten finanziellen Mitteln.

Als unglücklich beurteilen wir die Terminierung der Vernehmlassung der Botschaft zur Standortförderung 2028–2031, welche vor Abschluss der parlamentarischen Beratungen zum EP27 lanciert wurde.

3. Bemerkungen zu den Förderbereichen

3.1. Digitalisierung und EasyGov

Der Ausbau digitaler Behördenleistungen sowie die Weiterentwicklung der Plattform EasyGov werden ausdrücklich unterstützt. EasyGov bietet erhebliches Potenzial zur administrativen Entlastung von Unternehmen und zur Effizienzsteigerung staatlicher Leistungen. Für den Kanton Solothurn ist jedoch zentral, dass die Weiterentwicklung im Einklang mit den föderalen Strukturen erfolgt. Insbesondere sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Frühzeitige und verbindliche Einbindung der Kantone in die Weiterentwicklung;
- Sicherstellung interoperabler Lösungen und standardisierter Schnittstellen;
- Vermeidung einseitiger finanzieller oder organisatorischer Mehrbelastungen für die Kantone.

Antrag 1:

Wir unterstützen die Erhöhung der Mittel auf 67,8 Millionen Franken.

Antrag 2:

Die Weiterentwicklung von EasyGov ist konsequent als Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen auszugestalten.

Antrag 3:

Die Finanzierung ist so auszugestalten, dass keine zusätzlichen strukturellen Belastungen für die Kantone entstehen.

3.2. Exportförderung

Die Stärkung der Exportförderung wird vom Kanton Solothurn ausdrücklich unterstützt. Die Solothurner Wirtschaft ist stark exportorientiert und durch eine hohe Dichte an industriellen KMU geprägt. Für diese Unternehmen ist der Zugang zu internationalen Märkten zentral, insbesondere vor dem Hintergrund wachsender handelspolitischer Unsicherheiten und zunehmender regulatorischer Anforderungen. Die bestehenden Instrumente leisten einen wichtigen Beitrag zur:

- Markterschliessung;
- Diversifikation von Absatzmärkten;
- Sicherung von Arbeitsplätzen in der Schweiz.

Aus unserer Sicht ist entscheidend, dass die Angebote weiterhin niederschwellig ausgestaltet bleiben und gezielt auf die Bedürfnisse von KMU ausgerichtet sind.

Antrag 4:

Die Mittel für die Exportförderung sind auf dem bisherigen Niveau zu sichern, das heisst bei 98,9 Millionen Franken.

Antrag 5:

Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen ist zu stärken, um eine bessere Abstimmung zwischen nationalen und regionalen Unterstützungsangeboten zu gewährleisten.

3.3. Standortpromotion

Für die Ansiedelung von Firmen steht die Schweiz in einem globalen Wettbewerb. Internationale Ansiedlungen schaffen zusätzliche Arbeitsplätze und zusätzliches Steuersubstrat. Das nationale Leistungsangebot ist auch weiterhin eng mit den Kantonen abzustimmen.

Antrag 6:

Der Kredit für die Standortpromotion ist auf dem bisherigen Niveau von 18,35 Millionen Franken zu belassen.

3.4. Regionalpolitik

Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Parlament in der Frühlingssession 2026 eine Gesetzesänderung bei der Regionalpolitik und damit einen vollständigen Rückzug des Bundes aus der Regionalpolitik ab 2032 abgelehnt hat.

Die Neue Regionalpolitik (NRP) ist ein zentrales Instrument zur Förderung von Innovation, Wertschöpfung und regionaler Wettbewerbsfähigkeit. Für den Kanton Solothurn mit seinen industri-

ell geprägten Regionen und ländlichen Räumen ist die NRP von grosser Bedeutung. Ebenso unterstützen wir grundsätzlich das regionale europäische Förderprogramm Interreg, welches Bestandteil der NRP ist. Allfällige Kürzungen bei den Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung sollen die regionale Entwicklung als Verbundaufgabe von Bund und Kantonen nicht gefährden.

Antrag 7:

Wir begrüssen den Entscheid des Eidgenössischen Parlamentes, die vom Bundesrat vorgeschlagene Gesetzesänderungen bei der Regionalpolitik abzulehnen. Damit kann insbesondere der grenzüberschreitende Teil der NRP im Rahmen des europäischen Förderprogramms Interreg VII (2028–2034) im bisherigen Umfang weitergeführt werden. Für den Kanton Solothurn ist eine moderate Kürzung der Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung – wie vom Eidgenössischen Parlament zum EP 27 beschlossen – vertretbar.

Antrag 8:

Der Bund ist auch ab 2032 hinaus als verlässlicher Partner in der Regionalpolitik zu positionieren. Der Fonds für Regionalentwicklung ist so mit Bundesmitteln zu alimentieren, dass der Erhalt des Fonds nicht gefährdet ist.

3.5. Innotour

Die vorgesehene Kürzung bei Innotour schwächt die Innovationsfähigkeit im Tourismus. Gerade für KMU-geprägte Regionen wie den Kanton Solothurn ist Innotour ein zentrales Instrument zur Förderung von Innovation, Digitalisierung und nachhaltiger Entwicklung. Eine Reduktion der Mittel steht im Widerspruch zu den steigenden Anforderungen an die Branche.

Antrag 9:

Auf Kürzungen bei Innotour ist zu verzichten. Wir beantragen einen Kredit von 30 Millionen Franken.

3.6. Schweiz Tourismus

Der Kanton Solothurn ist als mittelgrosser Kanton ohne ausgeprägte internationale Leuchtturmdestinationen in besonderem Mass auf die nationale und internationale Vermarktung angewiesen. Eine Reduktion der Mittel führt zu einer geringeren Sichtbarkeit insbesondere kleinerer und mittlerer Destinationen.

Antrag 10:

Die vom Parlament zum EP 27 beschlossene Kürzung um 10 Prozent scheint uns vertretbar; wir beantragen einen Kredit von 210,2 Millionen Franken.

4. Abschliessende Würdigung

Die Botschaft zur Standortförderung 2028–2031 setzt inhaltlich die richtigen Schwerpunkte. Mit den vom Bundesrat vorgeschlagenen Kürzungen besteht jedoch das Risiko, dass die Wirkung der Instrumente durch finanzielle Einschränkungen und strukturelle Anpassungen geschwächt wird. Wir plädieren daher für eine gezielte Nachbesserung, um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und ihrer Regionen sicherzustellen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Susanne Schaffner
Frau Landammann

sig.
Yves Derendinger
Staatsschreiber